

Die

Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ d. Vereins d. graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, d. deutsch. Genesfelder Bundes und der deutschen Vereine d. Auslandes.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 2573.)
Für die Käufer des Weltpostvereins Mk. 1.25.

Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: **Konrad Müller, Schenklich-Beitzig**, wohnl. alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.
Redaktionschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementquittung, sowie Vereinsangelegenheiten 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

An die Mitglieder der Zehnstellen Posen, Danzig, Cottbus und Heilbronn die Mitteilung, daß die Quartalsabrechnung vom April bis Juni von den Verwaltungen der genannten Orte, trotz mehrmaliger Aufforderung, bis jetzt noch nicht eingelaufen ist. Wir ersuchen aus diesem Grunde, daß die Mitglieder dieser Städte von den dazu beauftragten Personen (Bevollmächtigter, Kassierer, Vertrauensmann) unverzüglich die Absendung der Abrechnung fordern, event. selbst, auf Grund der Kassenbücher, die Abrechnung vornehmen und einreichen. Da das Quartal von Juli bis September gleichfalls abgelaufen ist, so bitten wir, auch mit dem Abschluß dieses Quartals in obigem Sinne zu verfahren.

Der Vorstand.

Z. A.: Otto Sillier.

Verband der Formstecher u. s. w. in Liquidation.

Da meine mehrmalige Aufforderung an die Verwalterpersonen der Zahlstellen Leipzig und Würzen, die Abrechnung vom 3. Quartal 94/95 (April bis Juni) zu senden, fruchtlos gewesen sind, richte ich hiermit die ehemaligen Mitglieder genannter Zahlstellen, dafür zu sorgen, daß dieselbe, sowie auch die Schlussabrechnung umgehend an mich gelangt.

Gleichzeitig ersuche ich die noch säumigen Zahlstellen, die Schlussabrechnung, sowie auch die übrigen Marken und den Ortstempel an mich zu senden, um nun endlich einmal die endgültige Uebergabe an den Verein der graphischen Arbeiter erfolgen lassen zu können.

Z. A.: G. John,

Berlin N., Hochstr. 29, Hof III.

Die graphische Union.

Bei der Agitation für die Gewerkschaftsbewegung kann man sehr häufig die Beobachtung machen, daß in erster Linie auf die hochentwickelte englische Gewerkschaftsbewegung hingewiesen und die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, es diesen nachzumachen. In der That ist der Zusammenhalt der englischen Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung einzig, und infolgedessen die dadurch errungene bessere Lebenshaltung ohne Zweifel. Will man aber eine Parallele zwischen der englischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung ziehen, so darf man nicht vergessen, daß England verschiedene Jahrzehnte früher als Deutschland bereits eine sehr entwickelte Industrie hatte und auf dem Weltmarkt, nicht nur früher, sondern auch heute noch, eine dominierende Stelle einnimmt. Dazu kommt, daß die englischen Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen von den führenden Parteien im Parlament unterstützt werden und zwar unterstützt deshalb, weil sie die Gefolgschaft bei

den Wahlen für diese Parteien bisher abgaben. Mit dem Umschlagreifen der sozialistischen Idee und mit dem selbständigen Vorgehen der englischen Arbeiter auf politischem Gebiete wird selbstverständlich das gezwungene Interesse der jetzt herrschenden Parteien für die Arbeiter nachlassen und allgemach in das Gegenteil umschlagen. Wir wollen hier nebenbei nur bemerken, daß bereits sehr starke Zeichen eines solchen Umschlages bei der englischen Regierung (welche in diesem Maße in keinem anderen Lande der Welt lediglich die Exekutivgewalt des Parlaments darstellt) zu Tage getreten sind, indem sie an Stelle des Thomas Burt im Ministerium, den Leiter des Gewerkschafts der Grubenarbeiter, einen der reichsten Kohlengrubenbesitzer, den Grafen Dudley berief. Aber noch eine andere Maßnahme der neuen Regierung deutet auf die veränderte Stellung zur Arbeiterfrage und zwar ist es die Gewährung eines Ehrensoldes von 200 Pfund Sterling für eine Schrift zur Bekämpfung des Sozialismus. In England war es bisher ausgeschlossen, daß sich die Polizei bei einem Streit offen auf die Seite der Unternehmer stellen durfte. Im Gegenteil. Das Spiel der Kräfte war nicht nur ein vollständig freies, ungeschindertes, man hat sogar wiederholt gesehen, daß sich sehr angesehenen Personen auf die Seite der wirtschaftlich schwächeren, auf die Seite der Arbeiter stellten.

Betrachten wir uns dagegen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Von den zwanzig und etlichen Regierungen unserer deutschen „Vaterländer“ von Anbeginn mit scheelen Augen betrachtet, standen ihrer ungehinderten Ausbreitung ebensoviele reaktionäre Vereinsgesetze entgegen. Und als sich die Bewegung trotz alledem in den 70er Jahren Bahn gebrochen hatte, da wurde dieselbe durch das Sozialistengesetz gewalttham erstickt.

„Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit“ wurde als Rezept empfohlen, um die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. „billig und schlecht“ war das von Professor Kelleaux konstatierte Resultat auf der Weltausstellung in Philadelphia in Bezug auf die deutschen Erzeugnisse. Allein, das Rezept des wirtschaftlichen Dr. Eisenbarth ist noch heute in hohem Ansehen und jeder Versuch der Arbeiter, sich dieser Kur zu entziehen, wird mit Polizei- und wenn nötig, mit Militärgevalt verhindert.

Abgesehen also davon, daß die Industrie in Deutschland erst im Anfang der 70er Jahre einen nennenswerten Aufschwung nahm, ist die Bewegungsfreiheit für die Gewerkschaften in Deutschland eine völlig andere, eine viel schwierigere. Große Arbeitermassen leisten ja auch bei uns den heute noch herrschenden Parteien bei den Wahlen Vorparadise, aber sie thun es bedingungslos und haben es immer bedingungslos gethan. Der schwache Versuch, den die Fortschrittspartei unter Führung des Dr. Max Hirsch machte, um die Industriearbeiter für eine Gewerkschaftspolitik im Sinne der

Trade-Unions zu interessieren, ist kläglich gescheitert, trotzdem, daß gerade diese Bewegung noch heute von oben herab protegirt wird. Die Fortschrittspartei selbst ist nur noch einem Braud vergleichbar. Sie hat keinen Einfluß auf die Gesetzgebung und wird auch nie Einfluß auf dieselbe erlangen. Die herrschenden Parteien aber haben in Deutschland von jeher kein Verständnis für eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter gehabt und die Letzteren haben, soweit sie als Stimmmaterial für diese Parteien in Frage kamen, wie bereits gesagt, nichts gethan, um ihnen ein solches Verständnis beizubringen. Die Folge davon war, daß die zum Bewußtsein ihrer Lage gekommenen Arbeiter die Verfolgung ihrer Interessen selbst in die Hand nahmen und zwar in gewerkschaftlicher sowohl als wie in politischer Hinsicht. So entstanden in Deutschland die Gewerkschaften.

Man darf nun nicht verkennen, daß die reaktionären Vereinsgesetze, bei uns, sowohl wie auch die offene Parteinahme der Behörden für die Unternehmer bei Streiks u. s. w. einen wesentlichen Einfluß auf die Entfaltung der Gewerkschaften ausübten, ja es geradezu unmöglich machten, daß sie zu einer solchen Blüte gelangen als wie in England. Das drastischste Beispiel dafür liefert die Unterdrückung der Bergarbeiterverbände in Rheinland-Westphalen und Sachsen. Hieraus folgt, daß wir deutschen Arbeiter mit voller Kraft dafür agitieren müssen, eine uns günstigere Gesetzgebung herbeizuführen. Da wir aber von keiner der tonangebenden Parteien, mögen sie sich liberal, ultramontan, konservativ oder sonstwie nennen, ernstlich etwas zu erwarten haben, so folgt weiter, daß wir uns lediglich an die sozialdemokratische Partei wenden, ihr uns anschließen müssen.

Allein bis zu dem Zeitpunkt, wo wir durch eigene Kraft eine Aenderung der Gesetze herbeizuführen haben, dürfen wir in der Agitation für die Gewerkschaftsbewegung nicht erlahmen. Diese Bewegung ist eine notwendige Folge der industriellen Entwicklung und schon deshalb niemals gänzlich zu unterdrücken.

Zur besseren Entwicklung, zur größeren Kräfteentfaltung der Gewerkschaften, unter den gegebenen Verhältnissen, sind nun die mannigfaltigsten Vorschläge gemacht. Unionen und Industrieverbände waren die beiden Schlagworte auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß. Jeder, der nicht in diesen Ruf einstimmt, wurde gewissermaßen als Ketzler, als Verräter an der Gewerkschaftsbewegung angesehen. Den koalirten Unternehmern und Fabrikanten sollen die koalirten Arbeiter gegenüber gestellt werden. Gut. Unterzuchen wir aber zunächst einmal, ob eine Union oder ein Industrieverband diese Macht thatsächlich ist, für die sie ausgegeben wird. Nehmen wir an, die Buchdrucker, Steindrucker und Buchbinder vereinigen sich zu einer Union. Ueber die Schwierigkeiten, welche

einer solchen Union, wegen der verschiedenen Pflichten und Rechte der Mitglieder in den einzelnen Verbänden entgegenstehen, wollen wir an dieser Stelle gar kein Wort verlieren. Ist denn nunmehr die Zahl der organisierten Angehörigen dieser Verufe tatsächlich eine größere geworden? Mit nichten! Aus den drei Gewerkschaften mit ca. 27000 Mitgliedern ist eben nur eine Gewerkschaft mit ebensoviel Mitgliedern geworden. Da aber eine größere Machtentfaltung nur mit einer größeren Zahl der organisierten Genossen denkbar ist, so wäre damit schon allein die Unzweckmäßigkeit einer Union bewiesen. Die Frage über die etwa geringeren Verwaltungskosten kommt hierbei ganz außer Betracht, weil sie mit der Kernfrage nichts zu thun hat. Zu einem offenbaren Hindernis würde aber eine solche Union werden, sobald es sich um eine größere Aktion, etwa um die Verkürzung der Arbeitszeit, handelt. Ebenso verschieden, wie die Verträge in den jetzigen einzelnen Organisationen sind, ebenso verschieden sind die sonstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Während bei den Buchdruckern zum Teil eine neun- höchstens aber zehnstündige Arbeitszeit eingeführt ist, finden wir bei Buchbindern und Steindruckern eine Arbeitszeit bis zu 12 und 13 Stunden. Würden nun die Buchdrucker den Kampf um die neunstündige Arbeitszeit wieder aufnehmen, so müßte selbstverständlich ein solcher Kampf von der Union für die Union geführt werden, alle Unionsmitglieder hätten also in den Streit einzutreten. Eine für alle drei Verufe günstige Geschäftsunion könnte für die gemeinsame Aktion nicht abgewartet werden, da dieselbe z. B. bei den Buchbindern erst beginnt, wenn sie bei den Buchdruckern und noch früher bei den Steindruckern bereits vorüber ist. Infolge dieser Sachlage würde die Union ca. 8-9000 ihrer Mitglieder als Ballast bei einem solchen Streit mitzuschleppen, während gleichzeitig die finanzielle Beihilfe, die unter dem jetzigen Verhältnis geleistet werden kann, verloren gehen würde.

Aber noch ein anderer Grund spricht gegen die Union, das ist der leider noch immer in erheblichem Maße vorhandene Kassengeist unter den einzelnen Berufsangehörigen. Es hat gar keinen Sinn zu sagen, daß man diesem Kassengeist keine Konzeption machen dürfe; solange ein solcher vorhanden ist, hat man einfach damit zu rechnen, man hat ihn bei der Agitation in den Kreis seiner Berechnungen zu ziehen. Die Erfahrung spricht nun dafür, daß es eher gelingt, diese Elemente in besondere Branchenversammlungen zu verewigen als wie in allgemeinen graphischen Versammlungen, sie haben eben kein Interesse an den außer ihres eigenen Berufes liegenden Fragen, selbst wenn sie sich mit diesen deden. Da es sich aber bei der ganzen Agitation darum handelt, die der Organisation Fernstehenden zu gewinnen, so muß eben der Weg eingeschlagen werden, welcher am sichersten zum Ziele führt.

In der Gewerkschaftsbewegung lassen sich, ebensowenig wie bei irgend einer beliebigen anderen Bewegung, die einzelnen notwendigen Entwicklungs-

stadien überspringen, ohne dabei die ganze Bewegung aufs schwerste zu schädigen und deshalb ist die graphische Union vorläufig noch ein Traum. Jede Organisation für sich hat übrigens noch ein sehr weites Feld für ihre Tätigkeit offen. Zehntausende in jedem Verufe sind noch unorganisiert; sie allein sind der Hemmschuh für das A und O unserer Bestrebungen: Die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hier steht der Feind den wir schlagen müssen! Schlagen mit Worten und ihn davon zu überzeugen suchen, daß er gegen sein eigenes Fleisch waltet, solange er dem Ringen seiner Berufsgenossen feindlich oder doch mindestens indifferent gegenüber steht. Vereint in diesem Sinne sind wir alles, vereinzelt nichts.

Die Arbeiterversicherung. *)

Ein Degenium ist verfloßen, seitdem die obligatorische Krankenversicherung eingeführt ist, nicht viel kürzere Zeit besteht die Unfallversicherung, neueren Datums sind die Alters- und Invaliditätsversicherung. Sind nun die berechtigten Ansprüche der Arbeiter durch diese Verträge bedingt worden, haben sie innerhalb des beschränkten Gebietes ihrer Wirksamkeit sich wirklich nützlich und gesundlich erwiesen?

Bei der Beantwortung dieser Frage hat neben dem von den Gesetzen betroffenen Arbeiter auch der Hygieniker mitzusprechen. Und so hat denn unser Genosse Dr. med. Zabel auf dem im vorigen Jahre in Budapest abgehaltenen Kongress für Hygiene und Demographie ein Referat über das Thema: „Angelegenheiten der kranken und arbeitsunfähigen Arbeiter“ gehalten, sich dabei dieser Aufgabe in der Weise entledigend, daß er die gesamte Arbeiterversicherung vom hygienischen Standpunkt einer kritischen Beleuchtung unterwarf.

Dieser Bericht liegt jetzt, in die Form des Buches gebracht, vor, und wir glauben den Wünschen unserer Leser entgegenzukommen, wenn wir nachsichtiger versuchen, den Gedankengang deselben zu skizzieren.

Die gewaltige Entwicklung der modernen Industrie, welche die Produktivität der Arbeit um das hundert- und tausendfache gesteigert hat, hat doch die Lage der arbeitenden Klassen nicht verbessert, vielmehr nur die Gefahr für den Arbeiter, zu erkranken und vorzeitig invalide zu werden, stark vermehrt. Ein Schutz gegen diese Gefahr ist daher nicht nur für die arbeitende Bevölkerung, sondern für die gesamte menschliche Gesellschaft notwendig geworden.

Die freie Versicherung der Arbeiter, wie sie in den meisten außerdeutschen Staaten zur Zeit besteht, ist aber nicht im Stande, diesen Schutz auszureichen zu gestalten. Es ist daher ein Vorzug der deutschen und österreichischen Sozialversicherungsgesetze, daß sie obligatorisch für die Arbeiter sind, das ist aber auch das einzige Lob, das man ihnen erteilen kann. Denn was sie in einzelnen Teilen, erweist sich bei näherer Prüfung als überaus dürftig und den einfachsten Anforderungen der Hygiene gegenüber unzureichend.

Wie schon die Vielzahl der Versicherungen, von denen jede einzelne einen ganz besonderen Personenkreis umfaßt, die Planlosigkeit der einzelnen Organisationen zeigt, wie der versicherungsgesetzlich-bureaufassliche Standpunkt den des sozial-hygienischen Bedürfnisses gänzlich in den Hintergrund gedrängt hat. Und das tritt bei jeder Einzelheit mit aller Schärfe zu Tage. Sind doch z. B. von der Krankenversicherung nicht nur die Bandarbeiter und Dienstboten, sondern gerade die der Krankenunterstützung bedürftigsten Arbeiter, die zeitweilig oder dauernd Arbeitslosen, ausgenommen! Die Wertigkeit bei Beginn der Erkrankung

*) Die Arbeiterversicherung: Eine sozial-hygienische Kritik. Nach einem Referat gehalten auf dem 8. internationalen Kongress für Hygiene und Demographie in Budapest, von Dr. Zabel, Arzt in Berlin. Jena, Verlag von Guttav Fischer 1895.

welche dem hygienisch so wirksamen frühzeitigen Eingreifen des Arztes beim Beginn der Krankheit entgegenarbeitet, die zeitliche Begrenzung der Unterstützung ohne Rücksicht auf die wirkliche Dauer der Krankheit, der Fortfall der Unterstützung an Sonn- und Feiertagen, die niedrige Bemessung des Krankengeldes, das in der Regel nicht ausreicht, auch nur die kümmerlichsten Bedürfnisse eines Kranken, geschweige denn die eines Kranken mit samt seiner Familie zu decken, das alles sind vom hygienischen Standpunkte ganz widerwärtige und, wie der Verfasser aus seiner Erfahrung belegt, überaus schädliche Bestimmungen.

Anschaulich und überzeugend schildert er alle die kleinlichen Beschränkungen, denen die persönliche Freiheit des Kranken sowie die ärztliche Tätigkeit unterworfen sind. Die Engfertigkeit bei Gewährung der erforderlichen Medikamente und Stärkungsmittel, die zahlreichen Strafbestimmungen, das Sühnen der „Vertrauens- und Kontrollärzte“, alles Dinge, die dazu dienen sollen, die mit den größten finanziellen Schwierigkeiten ringenden Kassen lebensfähig zu erhalten — eine Sisyphusaufgabe, bei der Kranke, Arzt und öffentliche Hygiene in gleicher Weise leiden und schließlich der unvernünftige Mut der Kassen nur aufgeschoben wird. Interessant und aktuell sind auch die Ausführungen des Verfassers über die freie Arztewahl, zumal er sich nicht auf den Standpunkt des ärztlichen Standesinteresses, sondern auf den des kranken Arbeiters stellt und die Frage erörtert, welche Vorteile dem Arbeiter die freie Wahl des Arztes gewähre.

Daß man von der Krankenversicherung als besondere Versicherungsform die Unfallversicherung abgezwiegt hat, ist angesichts der Thatsache, daß die Folgen jeden Unfalls, wenn nicht der Tod, so doch zum Teil Krankheit und Erwerbsunfähigkeit sind, völlig verkehrt. Ein ganz anderer, höchst verwickelter Apparat, mit einem ganz anderen Personenkreis und ganz anderem Kostendeckungsverfahren, mit schwerfälligen und ungewandten bürokratischen Verwaltungen, der Ausschluß der Arbeiter von der Verwaltung von der Feststellung der Entschädigung, die niedrige Bemessung der Rente, die Gewährung der Teilkrente in Fällen von Halbinvalidität, wo der Bruchteil erhaltener Arbeitskraft für den Betroffenen ganz nutzlos ist, die nachträgliche Rentenerhöhung, das System der von den Unternehmerverbänden abhängigen Vertrauensärzte und die zwangswelken Gewaltstellungen in den an die Forderkammern des Mittelalters erinnernden „Geheimräten für Verletzte“, — das alles sind Dinge, die den Wert der Unfallversicherung für den Arbeiter mehr als zweifelhaft erscheinen lassen müssen.

Vor allem fehlt — was eigentlich am nötigsten gewesen wäre — eine entsprechende Versorgung der Hunderttausenden von Arbeitern, welche zwar nicht durch einen Unfall, aber doch sonst durch ihre Berufstätigkeit zu Invaliden der Arbeit werden, wenn nach jahrelanger Arbeit in gesundheitschädlichen Betrieben ihre Gesundheit und Lebenskraft zerstört ist. Alle diese an Gewerbetrankeheiten im engeren und weiteren Sinne des Wortes Leidenden, dahingeeopfert in der Industrie, gehen leer aus. Denn die Invalidenrente, welche ihnen durch die Invalidenversicherung gewährt wird, die sie sich noch dazu zum Teil aus eigenen Mitteln durch jahrelanges Martenleben erziehen müssen, und die ihnen, wenn sie nicht volle fünf Jahre geholt haben, überhaupt nicht gewährt wird, ist weiter nichts als eine dürftige Armenterstützung, die nicht ausreicht zur Befriedigung des physiologischen Existenzminimums. Das gilt in noch höherem Maße von dem „betriebliehen Wert der Invaliditätsversicherung“, der Altersversicherung, deren Rentner, nachdem sie 70 Jahre eines arbeitsvollen Lebens hinter sich haben und durch aufgelaufene Marten nachweisen können, daß sie mindestens 30 Jahre hindurch je 47 Wochen gearbeitet haben, mit 33% Pensions pro Tag wahrlich nicht im Stande sind, sich auch nur „notdürftig“ zu erhalten.

Nach alledem kann es nicht wunder nehmen, wenn weder die Erkrankungs- noch die Sterblichkeitskoeffizienten irgendwie nachweislich zurückgegangen sind. Und wenn die Zahl der Unfälle seit Bestehen der Unfallversicherung nicht ab- sondern erheblich zugenommen hat, so liegt das Kinder, gemeinsame Schlaf-, Speise- und Arbeitszimmer.

Jede Schule hatte mehrere Schulmeister, eine Schulkümmern, Schulschwestern und Kindskümmern, deren Obliegenheiten genau festgelegt waren. Die Schulordnung von 1568 verzeichnet die „notwendigen Punkte, wie die jüngsten Brüder und Schwestern samt ihren Gehilfen in Schulen in Zucht und Pflege, der Jugend Ordnung halten sollen“. In dieser Ordnung findet man Grundzüge, die wir leider in unseren Schulen der Neuzeit vermissen, die aber geeignet wären, von unseren Pädagogen recht eingehend studiert zu werden. Es ist genau angeordnet, wie man mit kranken Kindern umgehen müsse, wer und wie man ihren Schlaf überwachen solle, zu welchen Arbeiten die Mädchen und Knaben anzuleiten seien u. s. w. „In der Zucht der Kinder bedarf es großes Aufmerksams und eines rechten Unterschieds: das eine läßt sich mit Freundlichkeit ziehen, das andere wird durch Gaben gewonnen, ein drittes erfordert strengere Zucht.“ Den Kleinen, die zum ersten Mal zur Schule kommen, soll man die Köpfe nicht zu brechen versuchen. „Kein Schulmeister soll mit Widerwillen an die Arbeit gehen: es wäre kein

Ein kommunistisches Gemeinwesen im 16. und 17. Jahrhundert.

Von F. H. (Schluß.)

Das durch den Verkauf der Waren vereinnahmte Geld wanderte natürlich in die Gemeinbasse der Wiedertäufer. Wie Urkunden beweisen, konnten sich die Mitglieder dieser kommunistischen Gemeinde besser ernähren, wie die Handwerker und Kleinbauern von heute. Doch nicht nur ihr eigenes Bestreben bewirtschafteten die Wiedertäufer, sondern sie traten auch nach außen als geschlossene Erwerbsgenossenschaften auf, indem sie mit Vieh, Getreide u. handelten, Mühlen und Güter in Pacht nahmen u. s. w. Neben den in „Haus haben“ vereinigten Brüdern wohnten auch viele einzelne Wiedertäufer einzeln im Lande, die als Gärtner, Wirtschaftler, Handwerker auf den Gütern des Adels und in den Städten tätig waren. Man schätzte sie als Arbeiter sehr hoch und es erregte den größten Reiz der Nachbarn, daß der Adel hauptsächlich die Wiedertäufer in seine Dienste nahm; diese empfahlen sich durch ihre unbedingte Treue und Gewissenhaftigkeit,

sowie durch Einhaltung jener strengen Ordnung ihrer Bruderschaft, zu der sie verpflichtet waren. „Zeit finden wir“, so klagt ein katholischer Pfarrer Fischer, „daß sich alles mit den Wiedertäufern gemein macht, die Herren essen und trinken mit ihnen, laden sie zu Gast, besuchen ihre (mit Recht hochgerühmten) Bäder, lassen sie — denn sie halten auch sehr geschickte Aerzte — in ihren Krankbetten zu sich kommen, nehmen Arzneien von ihnen und vertrauen ihnen sogar ihre Kinder zur Erziehung an.“

Obgleich die Wiedertäufer das gelehrte Wesen verachteten und die Gelehrten mit großer Geringschätzung behandelten, haben sie gleichwohl ihr Schulwesen schon im 16. Jahrhundert auf eine hohe Stufe gebracht, denn fast alle Wiedertäufer waren des Lesens und Schreibens kundig, was in jener Zeit gewiß viel bedeuten will. In den Schulen der Gemeinschaft tritt der kommunistische Grundzug am schärfsten hervor. Schon von der Brust der Mutter fort, wurden die Kinder ins Schulhaus genommen. Das Schulhaus wurde ihnen zum Vaterhaus; hier fanden sie die notwendige körperliche und geistige Pflege. Im Schulhaus waren Räume für die großen und kleinen

nicht etwa, wie die Unternehmer glauben machen müßten, an der durch die Versicherung erzeugten größeren Sorglosigkeit der Arbeiter, sondern an der übermäßigen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, an der übermäßig langen Arbeitszeit und den gänzlich unzureichenden Unfallversicherungs-Maßnahmen.

Zeit doch die Statistik der zeitlichen Verteilung der Unfälle, das gerade die letzten Arbeitstagen des Tages und der Woche die an Unfällen reichsten sind. Und ist doch j. B. im Jahre 1890 für die gesamten 390 000 Betriebe der Berufslosenlosen noch nicht 1 Mark pro Betrieb für Vorschriftenregeln ausgegeben worden!

Von einer Bekämpfung anderweitiger Berufsanstellungen, wie sie durch eine energische und sachverständige, sowohl technische als ärztliche Beaufsichtigung der Gewerbebetriebe bis zu einem gewissen Maße zu erzielen wäre, ist bei der Mangelhaftigkeit unserer Gewerbe-Inspektion natürlich nicht die Rede. Wo nützlich einmal, wie j. B. in der Fürtcher Spiegelindustrie, energisch eingegriffen wurde, da sind auch die Erkrankungen kolossal zurückgegangen — ist doch auch in England in den letzten 40 Jahren, dank der thätigsten Fabrikinspektion, die Erkrankungsstiffer an Tuberkulose um fast 50 Prozent gesunken!

Daher schließlich die Arbeiter die gesamten Kosten aller dieser so kostspieligen und so wenig wirksamen Einrichtungen tragen muß, entweder direkt als Beitragzahler, oder indirekt durch die Herabsetzung der Lohnhöhe, oder als Steuerzahler (beim Reichszuschuß), das gehört zwar weniger zur hygienischen Seite der Frage, aber der Wert der sozialen Gesetzgebung wird dadurch aufs beste gekennzeichnet.

Hader fordert daher in seinen Schlußsätzen an Stelle der vielerlei Organisationen eine zentrale, territorial und lokal gegliederte Reichsinstitution unter Selbstverwaltung der Arbeiter, unter Kontrolle durch Staat und Kommune und unter Mithilfe der Ärzte; an Stelle des beschränkten, bei den verschiedenen Versicherungen verschiedenen Kreises versicherter Personen. Einbeziehung aller, deren Einkommen nicht genügt, um für Alter, Krankheiten, Invalidität selbst Fürsorge zu tragen; an Stelle des hygienisch widerwärtigen Versicherungsprinzips das soziale Prinzip des Rechts auf staatliche Fürsorge für alle, die es nötig haben.

Und diese Fürsorge hat nicht erst einzutreten, wenn der Arbeiter krank, erwerbsunfähig und invalide geworden ist, sondern sie hat schon vorabgehend für die Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit durch eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung Sorge zu tragen. Insbesondere sind die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, der gesetzliche Achtundzweigtages, weiterhin gesetzliches Verbot der Kinder- und Beschränkung der Frauenarbeit, stündliche Sonntagsruhe für alle Arbeiter, strenge Patrouillen durch hygienisch vorgebildete unabhängige Beamte besser und wirksamer als jede Art der Arbeiterversicherung.

Reinigungsgesellschaft Bedenken wurden geltend gemacht; der Vertreter von Hannover wäre sogar dafür gewesen, daß man den beauftragten Kollegen nur sprechen lassen sollte, wenn er gefragt würde und dergleichen mehr. Auffallend war es, daß gerade die Vertreter von Berlin und Hannover, diesen beiden Städten der Anteilnahme, in unserer kollegialen Bewegung, nur mit jaurer Miene einen Vertreter der Zentralisation sehen konnten. Die schließliche Abstimmung ergab eine große Majorität für die Zulassung des Kollegen Haber. Der Bericht des Hauptkassierers Dietrich bot wenig Bemerkenswertes und können wir darüber hinweg gehen. Ebenso über den Bericht der Kontrollkommission. Bei den Punkten 3 und 4, Arbeitslosen- und Arbeitslosenunterstützung, wurde es nun lebhaft. Man konnte sich jedoch darüber bald klar werden, daß die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung in der Mehrheit waren. Dasselbe wurde denn auch im Prinzip mit 30 gegen 11 Stimmen angenommen. Die obligatorische Einführung wurde mit 29 gegen 12 Stimmen beschlossen und zwar mit einem Unterstufungsfrage von 3 Mt. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen, bei einer Karenzzeit von 2 Jahren für neuereintretende Mitglieder. Zugleich wurde der Beitrag ab 1. Januar um 5 Pf. erhöht.

Der vielumrittene Punkt „Arbeitslosenunterstützung“ ist also vorläufig zur Ruhe gelangt. Wenn die Leistung zunächst auch eine geringe ist, so ist doch einmal der Anfang gemacht und, was wohl ebenfalls als ein Hauptzweck bezeichnet werden kann, wir bekommen nun einmal ein klares Bild der Arbeitslosigkeit von den im Bund vereinigten Kollegen, woraus man sich dann sehr leicht auch für die Gesamtheit ein Bild machen kann und wonach dann der eigentliche Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gehen muß. Unsere Arbeit war also keine vergebliche. Anders verhält es sich mit der Reizeutenunterstützung. Dasselbe wurde mit 25 gegen 16 Stimmen beibehalten. Die fünf Stimmen des Berliner Delegierten haben dieses Resultat gestiftet, sie hätten es ebenso in der Hand gehabt, die Reizeutenunterstützung zum Fall zu bringen.

Es fragt sich nun bloß, wie wir uns zu diesem Resultat verhalten. Nach der zu Beginnsten gehaltenen Resolution ist es nicht ausgeschlossen, denn in derselben war bekanntlich gesagt, daß die Reizeutenunterstützung im Bund fallen soll. Es giebt nun zwei Wege, die uns klar vorgezeichnet sind. Entweder wir sagen: Gut, wenn der S. V. abjehlt alle Unterstufungen für sich auf die Schultern nimmt, dann werfen wir die Reizeutenunterstützung auch vollends über Bord und führen nur noch den wirtschaftlichen Kampf; oder wir heben den Antrag Wandsbeck aufs Schind und erstreben eine Verschmelzung. Jedenfalls muß in absehbarer Zeit diese taktische Frage in Erörterung gezogen werden. Hätten die Berliner Kollegen etwas mehr im Bund agitiert, so wäre die ganze Situation jetzt getilgt. Außerdem hatten leider gerade zu dieser Frage die meisten Delegierten ein gebundenes Mandat und da half alles Neben nichts.

Die Verschmelzung der Unterstützungs- mit der Invaliden-

klasse wurde ebenfalls abgelehnt. Der so vielgeschmähte § 35 wurde gestrichen, ferner beschlossen, die Generalversammlung alle 5 Jahre stattfinden lassen, wenn nichts Außerordentliches vorfällt. Bei der Beratung des § 3 zeigte sich mit einem Male ein Kasstengeist, über den man ordentlich staunen konnte. Es handelte sich dabei um die Aufnahme von Xylographen, Prägen und Hilfsarbeitern. Ein Dringlichkeits-Antrag des Kollegen Apitz, welcher dahin ging, die Tapetenrunder ebenfalls mit in die Beratung zu ziehen zur eventuellen Aufnahme in den Senefelder Bund, wurde nur von 3 Delegierten unterstützt und somit war nun der Antrag, nach der Geschäftsordnung, ohne weiteres gefallen. Es wurde zwar genügend darauf hingewiesen, das dieses engherzige Selbstherrn nicht das Richtige sei, aber das half nichts, sämtliche Anträge wurden abgelehnt und Berlin gab dabei immer den Trumpf dazu. Wenn es ein Punkt ist, über den man sich ordentlich ärgern könnte, so ist es dieser. Die Ausrede, daß auf diese Art das Interesse des Bundes gewahrt sei, ist einfach falsch, denn es ist eine alte Tatsache, daß je größer die Mitgliederzahl, um so lebensfähiger eine Kasse ist. Und dann sind wir ja durch das ärztliche Zeugnis, welches beibehalten wurde, vor direkten Aus-

verbot, sie mußten binnen vier Wochen das Land räumen, und wo dies nicht geschähe, ließ Kaiser Ferdinand II. sie durch seine Söldnerscharen in der brutalsten Form von Haus und Hof jagen. Viele siedelten sich in Ungarn an, wo sie bis in die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts ihr gewohntes Leben, allerdings in beschränkter Zahl, führten; dann aber ging ihre Gemeinde zu Grunde. Die Ursache lag in dem gebundenen Ertragen aller ihnen zugesügten Grausamkeiten.

Die Wiedertäufer in Währen beachteten nicht, daß das Leben ein Kampf ist und ließen sich ruhig ausbeuten und schänden. Gedulbiges Leiden war der Grundzug ihrer religiösen Lehren und Jakob Huter betont in seinem Sendschreiben an den Landeshauptmann von Kunsied, diesem in ergreifender Weise die Leiden der Verfolgten schildern: „Ehe wir unseren Feinden einen Streich mit der Hand gäben, eher ließen wir uns das Leben nehmen.“ Kein Bruder durfte Waffen tragen, oder auch nur einen Prozeß führen. Das war natürlich den Gewaltthätern sehr angenehm. Sie konnten über die Wiedertäufer herfallen, ihnen ihren Besitz rauben,

beutungen immer geschäftig. Also von einer Wahrung der Kasstengerechtigkeiten kann hier keine Rede sein, es war der reine, unerschütterliche Kasstengeist. In dieser Ueberzeugung dürfte nachträglich noch mancher Delegierter kommen, aber leider zu spät. Es wird uns doch kein Mensch bestreiten wollen, wenn wir behaupten, daß die Xylographen und Steinbrüder um kein Zota besser daran sind in ihren Erwerbsverhältnissen wie Xylographen, Präger etc. In der Organisation sucht man möglichst den Anschluß aller Berufslogen und im Bund höft man dieselben direkt vor den Kopf. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn der Hauptvorstand diese Anträge gestellt hätte und der Hauptkassierer Dietrich hätte dieselben begründet, daß diese Anträge auch angenommen worden wären, denn der Einfluß Dietrichs auf die Generalversammlung war ein ungemein großer.

Der dritte Verhandlungstag wurde mit zwei ziemlich widerlichen, persönlichen Angelegenheiten, zwei Delegierte betreffend, eröffnet. Es ist hier nicht der Platz, auf dieselben weiter einzugehen, aber dem einen Bunische sei hier Ausdruck gegeben, daß der beschämende Vorfall zwischen den Kollegen in Karlsruhe bald verschwinden möge, denn man kann wohl Meinungsverschiedenheiten haben und sich gehörig die Meinung lagern, aber derartige Beleidigungen sollten einfach unter den Kollegen nicht vorkommen.

Der nun folgende Punkt 7 „Graph Presse“ gab ebenfalls Anlaß zu einer lebhaften Diskussion. Beschlossen wurde, in der „Gr. P.“ nur noch die offiziellen Bekanntmachungen des S. V. zu veröffentlichen, dagegen die Quartalsberichte und sonstige kleinere Drucksachen beliebig, nach Maßgabe des Hauptvorstandes, hinstellen zu lassen. In der Diskussion glaubte der Delegierte von Augsburg einen Trumpf auszuspielen, indem er unser Organ ein Heblblatt nannte, in welchem lauter persönliche Beleidigungen enthalten wären. Dieser Ton wurde jedoch seitens des Vorsitzenden und anderer gebührend zurückgewiesen.

Der sehr gutgemeinte Antrag Wandsbeck auf Verschmelzung beider kollegialer Vereinigungen wurde zurückgezogen. Inbe m dieser an sich sehr bedeutende Antrag tatsächlich erst durch eine allgemeine Agitation vorbereitet werden müßte und nicht so ohne weiteres erledigt werden kann. Fast komisch wirkte es bei diesem Punkte, daß der Begründer des Antrages von Wandsbeck selbst nicht der Organisation angehört.

Zum Schluß wurde eine von den Kollegen Lange und Haber gestellte Resolution einstimmig angenommen. Dasselbe wurde nicht auf Grund des Wandsbecker Antrages gestellt, sondern um den beiden kollegialen Vereinigungen gemeinsamer eine Richtschnur zu geben und zur gegenseitigen Agitation unter den Kollegen. Und hier möchten wir die letzten Worte unseres Trompeter, welche er uns aus dem abfahrenden Zuge noch zurief: „Kollegen, haltet fest zu eurer Fahne“ als Schlußworte gelten lassen. Die Kasstengebereits sind verschwunden und vor uns steht wieder der Klassenkampf, den wir in erster Linie zu führen haben. Nürnberg. H.

Korrespondenzen.

Hildesheim. Am Sonntag, den 5. Oktober fand im Lokale des Herrn Henze zu Wörthberg die monatliche Mitgliederversammlung des Vereins der graph. Arbeiter u. Arbeiterinnen statt. Wie alle Versammlungen, war auch diese sehr gut besucht. Nachdem die beiden ersten Punkte der Tagesordnung, Revisionen- und Generalschaftsartikeldelegiertenwahl, erledigt waren, wurden unter „Verschiedenes“ Angelegenheiten erörtert, welche allgemeinen Interesse haben und deshalb veröffentlicht werden sollen. Zuerst kam die Ueberarbeit zur Sprache. Nachdem verschiedene Kollegen mittelteil, daß im letzten Jahre in Hildesheim beschlossen worden sei, nicht überzuarbeiten, und der Weichluß auch hochgehalten worden wäre, wurde über Nutzen und Schaden der Ueberarbeit abhandelt lebhaft diskutiert. In hiesiger Stecherei sei die Erfahrung gemacht, daß es ganz gut gehe, wenn das alte Uebel der Ueberarbeit gänzlich ausgerottet würde. Es habe sich erwiesen, daß der Gesundheitszustand der Kollegen sich bedeutend gebessert habe und man solle lieber auf die paar Groschen verzichten, als wie an der Gesundheits-

tie töten, ohne daß sie dabei irgend etwas zu befürchten hätten, denn die Gemeindeglieder ließen alles willenlos über sich ergehen. So kam es denn, daß ihre Frauen geschändet, ihre Haushaben geprügelt und niedergebrannt, sie selbst gemißhandelt und getötet wurden. Hätten sie sich nur ein einziges Mal mit den Waffen in der Hand erhoben und wären ihren Feinden entgegengetreten, diese hätten den gutorganisierten, im Besitz reicher materieller Mittel befindlichen Wiedertäufern nicht Stand halten können.

Ihre religiösen Anschauungen wurden den Wiedertäufern zum Verderben. Wenn die Kenntnis der mittelalterlichen Zeit des Bauernkrieges und der Reformation für die deutschen Arbeiter von Wichtigkeit ist, so ist es in noch weit höherem Maße die Geschichte der Huterischen Brüder in Währen. Sie zeigt uns, daß kommunikativer Gemeinwesen, selbst wenn sie noch so gut eingerichtet und organisiert sind, doch nicht bestehen können inmitten einer Gesellschaft, die auf individualistischer Grundlage ruht; der Lebensformen solcher Gemeinden muß um so kürzer sein, je mehr sie ihre wirtschaftlichen Interessen mit religiösem Dogmenglauben vermischen.

Betrachtungen über die V. Generalversammlung des Deutschen Senefelder Bundes.

„Nun sind sie da, die schönen Tage“, wird mancher Kollege in Nürnberg denken und dabei betriibt in seinen Weidwesten schauen. Es war des Guten aber auch bald zu viel, zwei Generalversammlungen in einem Jahre. Mit der dankbar größten Spannung wurde die Generalversammlung des Senefelder Bundes erwartet, denn die vorausgegangenen Mitgliederversammlungen schlugen zum Teil sehr hohe Bogen, und auch noch der Empfangsabend der Delegierten ließ sich etwas hübschlich an.

Am spätesten Morgen wurde die Generalversammlung durch den Vorsitzenden der Mitgliedschaft Nürnberg, selerstich eröffnet. Die Mandatsprüfung ergab die Anwesenheit von 28 Delegierten mit 41 Stimmen. Ein ungeladener Gast war auch erschienen, derselbe legitimierte sich aber und zwar als Vertreter des Vereins graph. Arbeiter u. Arbeiterinnen, welcher beauftragt war, wenn möglich, mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilzunehmen und zugleich für die vergangene Sitzung gefasste Resolution einzutreten. In der Diskussion über die Zulassung dieses Vertreters bot sich nun ein überaus hübsches Schauspiel.

„Segen dabet und die armen Kinder müssen es entgelten.“ Einmal im Jahre wurden die ledigen Brüder und Schwestern zusammengeführt; diejenigen Schwestern, welche die Wahl der ledigen Männer traf, waren Frau. Die Kinder gehörten der Gemeinde. Die Wiedertäufer kannten keine Obrigkeit und leisteten auch keine Kriegsdienste, doch zahlten sie außerordentlich hohe Landessteuer.

War es nach diesem ganzen Leben der Gemeinde ein Wunder, daß die Zahl ihrer Anhänger sich ständig vermehrte? Jeder, der arbeiten wollte und sich zu ihrem Glauben bekannte, wurde aufgenommen, und da das Leben der Wiedertäufer, ihre strenge Rechtlichkeit dem Volke zusagten, so gewannen sie zahlreiche Anhänger. Selbst die Gegner verübten ihren Ruhm. Ende des sechzehnten Jahrhunderts trat schon in den glücklichen Verhältnissen der Wiedertäufer ein Umschwung ein. Die Steuern wurden immer unträgtlicher und die durchziehenden Kriegsscharen veräußerten nicht selten die „Hausgaben“. Dennoch wurde die Zahl der Wiedertäufer um jene Zeit auf 70 000 angegeben. Am 17. September 1622 trat das Edikt in Kraft, welches ihnen den Aufenthalt in Währen

in körperlichen und geistigen Hinsicht Schaden leiden. Ein Kollege bemerkte, daß er, trotzdem er früher viel überarbeitet habe, doch am Schlusse der Saison nicht mehr verdient hätte, als wenn er regelmäßig 10 Stunden eingehalten hätte, weil durch „Blau machen“ die Lieberstunden reichlich quitt gemacht worden wären. (Und dies ist meist bei allen lebigen Kollegen der Fall.) Es wird auch noch hervorzuheben, daß auch an allen anderen Orten, wo sich Streikere befinden, Schritte gegen das Lieberarbeiten getan werden müssen. Auf der Generalversammlung zu Gildesheim sei beschlossen worden, im Laufe des Sommers Fragebogen zu versenden, welche sich mit dieser Sache beschäftigen sollten. Bislang hat man noch nichts davon gehört und wenn ein Bericht des früheren Vorstandes vorliegt, so möchten wir hierdurch den Zentralvorstand des B. d. graph. Arbeiter u. Arbeiterinnen ersuchen, die Sache nicht ruhen zu lassen und in baldiger Zeit den oben angeführten Generalversammlungsbeschluss auszuführen, sonst wird die Lösung der doch so brennenden Frage immer weiter hinausgeschoben und es bleibt bei Vorpostengefechten, wo ein allgemeiner Kampf dringend notwendig wäre. — Die Verammlung beschloß hierzu einstimmig, wie im vorigen, so auch in diesem Jahre von der Lieberarbeit gänzlich abzusehen. — Des weiteren kritisierte ein Kollege die letzte Quartalsabrechnung des Hauptvorstandes. Es sei da ein Posten für Maßregelung im Betrage von 35 M. angegeben und doch habe man keine Mitteilung erhalten, wo Maßregelung stattgefunden habe. Es sei doch Pflicht des Vorstandes, die Mitglieder über etwaige Maßregelungen in Kenntnis zu setzen, damit gegebenen Falls Zugang ferngehalten werden könne. Der darüber befragte frühere Ausschuss erklärte, daß demselben keine Mitteilung gemacht sei. — Ferner kamen die Streiks in Wülzburg und Leipzig zur Sprache und auch hier wurde betont, daß der frühere Vorstand ohne Wissen des Ausschusses gehandelt habe und zwar handelt es sich darum, daß die Linstoten des Streiks allein auf die Äquidanten der alten Verbandmitglieder gelegt worden seien. Ob die Streiks vor oder nach Anschließung ausgedrochen sind, ist gleichgültig, sobald der Anschluß erfolgt, wären die gesamten Mitglieder des B. d. graph. Arbeiter u. Arbeiterinnen verpflichtet, ihr Scherflein dazu mit beizutragen. Deshalb sei ja die Versammlung erfolgt, um etwaigen Willkür der Unternehmer in den beiden Schweißereibereichen energisch entgegen zu treten. — Die Verammlung verpflichtete sich, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. P.

Wünschens. Die hiesigen organisierten Kollegen sind dem Artikelshreiber G. Sch. zu großem Dank verpflichtet, denn er hat es fertig gebracht, daß sich die Herren des hiesigen Eisenfelder Bundes etwas an Licht der Öffentlichkeit getraut haben. Kommt nur hervor! Hier läßt sich viel schöner diskutieren als wie in dem Frotzeilich der Eisenfelder Bundes-Sitzungen. Doch ich glaube die Standhaftigkeit dieser Herrn in der öffentlichen Diskussion wird nicht von langer Dauer sein. Sie werden sich bei Zeiten wieder verziehen, um sich einzuputten für den ewigen Schlaf des Indifferentismus. Als die Herren den bewährten Artikel in Nr. 40 der „Gr. Pr.“, welcher J. B. unterzeichnet ist, zusammengedruckt haben, werden sie mit Wohlbehagen durch den gutgepflegten Bart gegoren sein, während ein rumpflühendes Lächeln um ihre Lippen spielte in dem Glauben, die Organisation richtig zugebaut zu haben. Aber ich werde ihnen dieses Lächeln aus dem gutgepflanzten Angesicht streichen. Was haben diese Herren nun im genannten Artikel bewiesen? Haben sie etwa die Angaben des G. Sch. wiederlegt, daß sich hier im Eisenfelder Bund zwei Strömungen befinden? Nicht im mindesten! — Gerade das Gegenteil haben sie erreicht. Lieberhaupt bilden sie sich um den Artikel herum, wie die Käse um den heißen Brei. Nur da, wo er den Heiligenschein um ihr ehrwürdiges Haupt etwas zu trüben sucht, sind sie schnell bei der Hand, um mit Verleumdungen über die Organisation und ihre Verwaltung bezuzufallen, damit durch Gegenseitige ihre eigenen Sünden etwas abgemildert werden. Ist es nicht eine, sagen wir Unverschämtheit, Sachen, die schon längst in der Vergangenheit ruhen und ihre regelrechte Erledigung fanden, jetzt hervorzuheben, um durch zweideutige Äußerung die derzeitige Verwaltung der Organisation zu verächtlichen, auf welche die Äußerungen gar nicht anzuwenden sind. Uebrigens, um auf den angeführten Fall etwas näher einzugehen, hat sich der Kollege nicht angeboten zwei Wäskchen zu versetzen, sondern er ist vom Prinzipal dazu aufgefordert worden. Auch das er nicht 3 M. sondern 6 M. mehr erhalten. Ich möchte nun sehen, welcher Kollege dieses unter Beihilfe eines Verlings nicht annehmen würde, wenn ihm auf der anderen Seite womöglich Entschädigung droht. Oder soll dieser Mann vielleicht in den Streik eintreten? Dieser Fall wird wohl eher zu entschuldigen sein, als wenn Igl. Angestellte nicht nur nach Feierabend für Privatgeschäften arbeiten, sondern die Sommerferien (welche diese Herrn ja haben) dazu verwenden, anderen die Arbeit wegzunehmen, wie es schon öfter vorgekommen ist. Hier kann man das Sprichwort anwenden: „Wer in einem Glashaus sitzt, darf nicht mit Steinen werfen.“ Und nun Kollegen Wünschens, ihr habt es selbst gehört, wie uns von einem dieser Herren der Vorwurf gemacht wurde, als wenn die Organisierten die Generalbundesversammlung bestehlen wollten, durch den Antrag die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Haltet zusammen und macht Front gegen das Gebahren solcher Herren, denn bei ihnen hat die Kollegialität aufgehört. Bg.

Nürnberg. Am Mittwoch, den 9. Oktober fand hier eine ordentliche, verhältnismäßig gutbesuchte Mitglieder-versammlung des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands statt. Nachdem unter Punkt 1 der Tagesordnung zwei Kollegen in dem Verein Aufnahme fanden und der Schriftführer das Protokoll vorlesen hatte, folgte als 3. Punkt ein Vortrag des Kollegen Kredler über: „Die älteste Naturverachtung und die neuere Naturverachtung“, aus dem in kurzen Zügen folgendes

entnommen ist. Seinen Vortrag leitete Kredler ein mit der Frage, welche im Jahre 1779 Gegenstand einer Preis-aufgabe einer der ersten deutschen Universitäten bildete, und welche lautete: „Ist es dem Volke von Nutzen, betrogen zu werden.“ Die Verantwortung dieser Frage erfolgte damals teils im bejahenden, teils im verneinenden Sinne. Zeigt schon dieser Umstand, wie weit man in den maßgebenden Kreisen jener Zeit noch entfernt war von dem Verständnis für die Bedeutung der Volkserziehung, so in noch weit höherem Maße die Thatsache, daß Arbeiten beider Antworten preisgekrönt werden konnten. Der Referent bezeichnet diese Frage als charakteristisch für das heutige Thema. Auf die dogmatische Glaubenslehre übergehend, führte Kredler aus mehreren Stellen der heiligen Schrift den Nachweis, daß selbst Autoritäten jener Zeit sich mehr oder weniger gegen dieselben ausgesprochen, oder dieselben doch angezweifelt haben. Ferner wies der Referent auf die grausame Unterdrückung der Wissenschaft hin, welche dieselbe im Mittelalter erfahren mußte, wovon die Vernichtung unzähliger, wertvoller Bibliotheken, sowie auch die Ketzerverbrennungen, beredetes Zeugnis ablegen, das Unkraut systematischer Volkserziehung dafür aber um so üppiger wucherte. In höheren Kronenständen habe man heute den Dogmenglauben schon längst als überflüssig bei Seite gelegt. Seine Stellung zur Religion präziserte Kredler dahin, daß Religion und Glaube bei vielen nicht identische Begriffe seien. Es gäbe eine Menge von Sekten innerhalb der Religion, eine jede behauptet, die allein richtige zu sein; warum verarge man es denn dem Proletariat, eine Religion zu besitzen, die auf höherem Lebensanschauungen basiert und ihren beredten Ausdruck in der Menschensehe im weitesten Sinne des Wortes findet? Man müsse den Wert einer Religion darnach abschätzen, wie sie der Allgemeinheit zu Gute kommt. Hierauf kommt der Referent auf die moderne Wissenschaft zu sprechen, auf die Beziehungen des Proletariats zu derselben. Die Technik, sowohl als auch die Naturwissenschaften haben in den letzten Jahrhunderten Großartiges geleistet. Man hat Meere überbrückt und Berge durchbohrt. Heute wissen wir, daß der Blitz die Erscheinung eines natürlichen Vorganges, ein elektrischer Funke ist, während man früher denselben als von Gott zur Strafe gesandt betrachtete. Wir wissen, daß alles, was ist, sich durch ehernen Gesetze selbst ergibt und reguliert, daß schließlich der Mensch selbst ein Stück Natur ist und nicht außerhalb dieser steht. Mit Vorliebe wird von gewisser Seite stets auf die unendliche Kluft zwischen Mensch und Tier hingewiesen, daran aber denkt man nicht, der großen Masse der Völker auch unsere Kulturgeschichte zugänglich zu machen. Das Gegenteil! Nicht genug, daß man dieselben bei anstrengender Tätigkeit und überaus langer Arbeitszeit in Fabriken piercht, sucht man sie noch zu verhindern, daß sie sich gegenseitig in der ihnen zur Verfügung stehenden freien, freien Zeit austüßten und belehren. „Ist es angesichts dieser Thatsachen für das Volk von Nutzen, betrogen zu werden“ lautete zum Schluß die Frage. Nein, es ist nicht nur des Volkes bitterer Schaden betrogen zu werden, sondern auch, wenn man ihm Aufklärung und Belehrung, gleichviel in welcher Form, vorenthält. Unsere Aufgabe wird es nun sein, allerorts und stets für unsere Ideen einzutreten, sie mit aller Macht auszubreiten suchen, damit endlich mit dem alten Schemm gebrochen werde. Wir müssen die Natur neu kennen lernen, müssen an Stelle der Heuchelei die freie Überzeugung legen und der Tag, wo die Menschheit unter dem Banner der Freiheit in der Wissenschaft aufsteht, wird nicht mehr fern sein. — Anschließend an diesen Vortrag, ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, die letzten Worte des Referenten besonders zu beherzigen und unsere Bibliothek fleißiger als bisher zu benutzen. Es folgte hierauf die Beratung innerer Vereinsangelegenheiten. Wichtiges Interesse erregte ein von einem Kollegen zur Verlesung gebrachter Artikel des „Correspondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, Nr. 117, vom 5. Oktober d. J., welcher sich mit der letzten Generalversammlung unseres Vereins in einer Weise befaßte, die von den Rednern, als von einer Schwesterorganisation auf das Lebhafteste bedauert wird. Aus der Verammlung wurden Stimmen laut, welche ihrer Bewunderung darüber Ausdruck verliehen, daß unser Fachorgan, die „Graph. Presse“ die Ausstellungen des „Correspondent“ bisher den Mitgliedern nicht zur Kenntnis gebracht habe.“ Sehr lebhaft beantwortete ein Kollege eine regere Agitation in unserer Zahlstelle und stellte einen diesbezüglichen Antrag, betreffend Ausgabe eines allgemeinen Flugblattes. Nachdem dieser Antrag abgelehnt wurde, stellte derselbe den weiteren Antrag, in nächster Zeit eine öffentliche Verammlung abzuhalten mit einem auswärtigen Referenten. Mit Rücksicht auf unsere Klassenverhältnisse wurde jedoch auch dieser Vortrag abgelehnt. K. Sch.

* Nach der auch für Nürnberg günstigen jultianischen Zeitrechnung war ein früheres Eingehen auf den fraglichen Artikel ausgeschlossen; derselbe erschien am 5. Oktober und die „Gr. Pr.“ erst am 11. d. M. Die Red.

Verschiedenes.

Die in letzter Zeit im Fragekasten erfolgten Erörterungen über Umdruck resp. Umdruckfarbe, ganz besonders die Frage über die Zusammenziehung von Schmirgel und Federarbeit, veranlassen uns, den Kollegen folgendes zu unterbreiten. Wir in Darmstadt verarbeiten eine Umdruckfarbe, die sich in jeder Beziehung auf Stein und Zint bewährt und in den hiesigen Druckereien mit Erfolg eingeführt ist. Mit derselben erzielt man einen dauerhaften, sowie scharfen Umdruck. Die Farbe wird von unserem Kollegen Konrad Rodebach, Ludwigshöfstr. 26, hergestellt. Das kilo in jetzt kostet M. 5.50, das kilo druckfertig M. 5.—. Gebrauchsanweisung liegt bei. Die Mitglieder der Zahlstelle Darmstadt.

Die Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit unserer Kollegen (Lithographen und Steinbrucker) in der Schweiz hat infolgedessen bereits Erfolg gehabt, als in Bern in einigen Geschäften die Völlständige und in Basel in allen Geschäften die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt ist. Engagements nach der Schweiz sind noch wie vor nur unter der Bedingung der verkürzten Arbeitszeit anzunehmen.

Fragekasten.

Unter dieser Rubrik soll ein gegenseitiger Meinungs-austausch über technische und fachwissenschaftliche Fragen herbeigeführt werden. Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung den weitgehendsten Gebrauch, sowohl bezüglich der Fragestellung, als auch deren Beantwortung zu machen.

Frage: Ich habe laut des Artikels in Nr. 39 der „Gr. Pr.“, „Anastatische Umdruck“, versuche angestellt, die zu einem nicht befriedigenden Ergebnis geführt haben. Ich habe herausgefunden, daß dieses Verfahren nur für gutgeleimte und satinierte Papiere zu verwenden ist, da die anderen vollständig auf der Gelatine nach dem durchziehen sitzen bleiben oder abfahren, trotz vorherigem anwärmen des Steines, auch beim späteren Anwalzen, die Gelatine Farbe annimmt und an gelatinisierten Stellen dieselbe sehr wenig halt besitzt, zumal wenn geätzt wird, um die Gelatine aufzulösen. Hat nun vielleicht ein Kollege bessere Resultate erzielt und auf welchem Wege?

Zur Frage des Umdrucks auf geätzten Stein (Nr. 40) erhalten wir noch folgende Antwort: Betreffs des Rasterumdrucks teile Ihnen mit, daß der Stein nicht geätzt zu werden braucht. Wenn die Federzeichnung fertig ist, wird mit Gummi, dem man einige Tropfen verdünnter Salpetersäure zusetzt, abgedekt. Nach dem Trocknen wird das Raster übergedruckt, dann das Papier abgewischt, das überflüssige Wasser abgetupft, der Stein mit der Feder etwas trocken gemacht und mit demselben Gummi wie oben gummiert. Sollte zuviel Wasser auf dem Stein zurückbleiben, so würde sich die Tusche beim gummierten Verwischen und den Rasterton verschmieren. Die Kege in dem Gummi hat den Zweck, bei nachfolgenden Abwaschen denselben den Stein rein zu halten, da sich die Tusche nun auflöst. Das Raster wird durch diesen Gummi nicht beschädigt. Nun wird der Stein angeätzt und dem Lithographen zum Einzeichnen der Lichter u. s. w. übergeben. Sollte jetzt noch mit Tusche gezeichnet werden, ist es gut, den Umdruck mit der Flamme anzuschmelzen und zu entsäuern. Der Stein ist für Tusche dann empfanglich.

Verichtigung.

Bei der Anführung der Namen der Delegierten im voriger Nummer haben sich zwei Fehler eingeschlien. Der Delegierte für Zürich heißt nicht Stahr sondern Stöhr und derjenige für Köln nicht Köhling sondern Köhlig. Ferner muß es in dem Bericht über die Abrechnung der Mainarten der Berliner Kollegen, in Nr. 40, heißen 345 Stück 1/2 M. anstatt 355 Stück.

Briefkasten des Vorstandes.

Den Zahlstellen Stettin, Rixdorf, Breslau, Offenbach, Glogau, Jierloch zc. zur Nachricht, daß die Statuten vergriffen sind, bitten Kurzen aber kommen. N. W., 1861. Nr. 2,90 erhalten; bis 2. Woche im Oktober bezahlt. Von Haag keine Mitteilung erhalten. Gruß! Inhaberberg. Für Freitag M. 1,30 erhalten; bis Schluß September bezahlt. Für Naujod M. 1,30 erhalten. Buch behalte hier. Febr. M. 2,60 erhalten; bis erste Woche im November bezahlt. Das Hebrige werde so bald wie möglich besorgen. Fortwangen. M. 1,40 erhalten; bis Schluß September bezahlt.

Anzeigen.

Der Lithograph Josef Schwind, angeblich aus **Lahr a. M.** gebürtig, wird hierdurch aufgefordert, sofort seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Sollte ein Kollege mit dieselbe angeben können, so wäre ich demselben sehr dankbar. **Friedrich Ehrlich, Mainz.**

Um Angabe der Adresse des Steinbruckers **H. Hinsley aus London,** wird höflich erucht. **G. Sies, Drucker, Florzhelm.**

Dresden.

Oeffentliche Versammlung der Lithographen, Steinbrucker und Berufsgeossen **Sonntag, d. 20. Oktober, Vorm. punkt 11 Uhr** in Werke's Restaurant, Altmatt 8, I. Tagesordnung:

1. Die Verteilung des Arbeitsertrages oder Kapital und Arbeit. Referent D. Sillier aus Berlin.
 2. Gewerkschaftliches.
- Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Das Agitationskomitee.

Der Arbeitsnachweis der Lithographen, Steinbrucker und Berufsgeossen **Berlin** befindet sich **Neue Friedrichstr. 86, I.,** Telefonamt 7, Nr. 848. Geöffnet von 8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.